

# Korrespondenz

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreißendstr. 5

68. Jahrgang

Berlin, den 2. April 1930

Nummer 27

### 50 Jahre Gau Frankfurt-Hessen

Am 1. April d. J. waren es 50 Jahre her, daß die früheren Gawe Frankfurt a. M. und Hessen auf einem gemeinsamen Gautag die Vereinigung beschloßen. Als Vorläufer des Gaves Frankfurt a. M. lassen sich Organisationsgebilde der Buchdruckergehilfen bis in das Jahr 1834 verfolgen, die über das auch für die Buchdrucker bedeutungsvolle Jahr 1848 bis 1852 verschiedene Formen aufwiesen. Von da ab verflocht das Vereinsleben der Gehilfen mehr und mehr. Im Jahre 1863 kamen neue Anregungen, vor allem durch die Gründung des „Mittelrheinischen Buchdruckerverbandes“, und am 13. August konstituierte sich der Frankfurter Verein „Gutenberg“ mit 150 Mitgliedern, doch scheint auch dann wieder eine gewisse Interesseloseigkeit Platz gegriffen zu haben. Neues Leben wurde entfacht durch eine Generalversammlung am 30. März 1867; es wurde einstimmig der Anschluß an den Deutschen Buchdruckerverband beschloßen. Neue Statuten wurden festgelegt und die Zusammenkünfte und Beratungen waren häufiger. Im September 1868 beschloß man sich erstmalig mit der Gründung eines Gauverbandes und setzte einen Ausschuß zur Statutenberatung ein. Am 6. Dezember 1868 folgte eine Versammlung, in der außer Frankfurt die Orte Homburg v. d. H., Friedberg und Wilbel vertreten waren, den Beschluß: „Die eben berathenen Statuten und der Gauverband treten mit dem 1. Januar 1869 in Kraft.“

Im Jahre 1867 wurde in Kassel zur Gründung eines Bezirksvereins aufgerufen, die am 9. September 1867 erfolgte mit der gleichzeitigen Gründung des Gaves Hessen. Mitglieder wurden gewonnen außer in Kassel in den Orten Altenhof a. M., Fulda, Wanfried und Hann.-Münden; später kamen noch die Orte Gießen, Marburg und Weisungen hinzu. Zehn Jahre war Kassel Wortort des Gaves Hessen; vom 1. Oktober 1877 ab wurden die Geschäfte des Gauvereins von Gießen aus erledigt. Der am 21. April 1878 in Marburg abgehaltene Gautag beschloß sich mit dem Antrag des Ortsvereins Gießen: „Der Gautag wolle beschließen, daß der Gau Hessen mit einem größeren Gau verschmelzt werde.“ Der Antrag wurde im Prinzip angenommen und der Gauvorstand beauftragt, sich mit den nächstliegenden Gauen in Verbindung zu setzen und das Ergebnis der Verhandlungen einer außerordentlichen Gauversammlung vorzulegen.

In einer Versammlung am 15. Juni 1878 gab der Vorstand von Frankfurt Kenntnis von der Anfrage des Hessischen Gauverbandes. Der Vorstand habe beschloßen, daß der Aufnahme des Gaves Hessen prinzipiell keine Hindernisse entgegenstünden. Auch Kollege Härtel sei für eine Verschmelzung der beiden Gawe. Ein außerordentlicher Gautag solle, da das Projekt noch auf Widerstand gestoßen, in nächsten halben Jahre entscheiden. Am 15. September 1878 stimmte dann die halsbärtliche Generalversammlung der Vereinigung des Hessischen Gauverbandes mit dem Gauverband Frankfurt a. M. einstimmig zu. Auch die außerordentliche Gauversammlung am 29. September 1878 in Kassel beschloß den Anschluß an Frankfurt a. M., der am 1. Januar 1879 erfolgen sollte. Von diesem Zeitpunkt ab sollten die Beiträge nach Frankfurt a. M. entrichtet werden; der Gau solle fortan den Namen Frankfurt-Hessen führen. Diese Maßnahmen kamen jedoch nicht zur Ausführung auf Grund der im Gau Hessen herrschenden Verhältnisse. Es ist wohl anzunehmen, daß diese Umstände mit dem Erlaß des Sozialistengesetzes am 1. Oktober 1878 in Zusammenhang zu bringen sind. Während der Dauer des Gesetzes mußten auch in unserm Organisationsleben vielerlei Schwierigkeiten überwunden werden.

Im September 1879 wurde die nicht ausgegebene Anschlagzettel erneut behandelt und in Frankfurt eine Kommission von fünf Kollegen gewählt, die in Verbindung mit zwei Kollegen aus Gießen ein neues Gaustatut vorzubereiten habe. Eine Frankfurter Versammlung genehmigte das Statut im Januar 1880. Der zum 1. April 1880 nach Frankfurt einberufene Frankfurter-Hessische Gautag beschloß die endgültige Verschmelzung des Gaves Hessen mit Frankfurt a. M. mit dem Namen Gau Frankfurt-Hessen.

Nach der Verschmelzung blieben Frankfurt und Hessen noch als Bezirk bestehen, letzterer mit dem Wortort Gießen, am 7. Mai 1881 wieder abgelöst von Kassel. Ende 1883 trennten sich Gießen und Marburg vom Bezirk Hessen und wurden selbständige Bezirke. Auch Kassel wurde als Bezirk weitergeführt, so daß die Bezeichnung Hessen damit erlosch.

Offenbach a. M., bisher Mitgliedschaft des Bezirks Frankfurt, wurde durch den Gautag 1896 als Bezirk selbständig gemacht. Als der Verband auch in Fulda erkrankte, wurde dieses von Gießen getrennt und als Bezirk weitergeführt. Der Bezirk Hanau a. M., der seit Gründung des Gaves Mittelrhein diesem angehörte, wurde im Jahre 1925 an den Gau Frankfurt-Hessen abgetreten, eine Handlung, die aus wirtschaftlichen und geographischen Gründen eine Notwendigkeit geworden war.

Die wechselvollen Geschichte der Bezirke sowie die spätere Entwicklung des Gaves sollen zu einer Geschichte zusammengefaßt und, um eine besondere Drucklegung zu vermeiden, aus Sparmaßregeln dem nächstjährigen Jahresbericht angehängt werden. Aus gleichem Grunde beschloß auch eine Bezirksvorsteherkonferenz auf Vorschlag des Gauvorstandes, von allen Jubiläumstreffen abgesehen; die dafür zuerst vorgesehenen Gelder in Höhe von 7000 bis 8000 M. (nicht nur 1000 M., wie in Nr. 24 des „Korr.“ infolge Sachfehlers berichtet) sollen anlässlich des Jubiläumstreffes als Extratraktierung an die arbeitslosen Kollegen gegeben werden. Gauvorstand und Bezirksvorsteher glauben, durch diesen Beschluß bei allen Mitgliedern auch ein gutes Gebeden an die Gründung des Gaves hervorgerufen.

G r i n e w a l d, Hfm.

### Für und wider den Sonderbeitrag

Die Notstandsbeihilfe ist nochmals bis zum 28. Juni 1930 verlängert worden. Damit hat der Verbandsvorstand einen Beschluß gefaßt, der leider nicht überall die ihm gebührende Sympathie haben wird. Es unterliegt keinem Zweifel, daß diese Maßnahme dazu angetan ist, die in der Verbands- und staatlichen Arbeitslosenunterstützung ausgefallenen Kollegen durch diese Selbsthilfe zu unterstützen. Gerade im letzten Jahr hat sich die Zahl der Ausgesteuerten ganz besonders vermehrt. Wenn auch nicht zu verkennen ist, daß der Verbandsonderbeitrag dadurch eine Erhöhung erfahren hat, so ist doch andererseits diese Selbsthilfe eine soziale Tat zu nennen. Jeder müßte ohne Anzettelung dazu beitragen, die Not derer zu lindern, die ohne Selbstverschulden aus den Stätten der Arbeit entlassen wurden. Man muß sich frei machen von jedem Egoismus. Die Ursache dieses Sonderbeitrags gipfelt im Endes in der ungünstigen Arbeitsmarktlage. Wenn allgemein mit einer Belebung der Wirtschaft gerechnet wird, so kann man einen gewissen Grad von Optimismus nicht unterdrücken. Man wird sich aber unwillkürlich die Frage vorlegen: Wird dieser Sonderbeitrag nicht eines Tages ein immer zu zahlender Beitrag werden? So eine Maßnahme ist letzten Endes nicht ausgeschlossen. Nach der augenblicklichen Lage ist eine derartige Möglichkeit vorhanden, falls nicht ein Sinken des derzeitigen Arbeitslosenstandes eintritt. Diese optimistische Auffassung wird man eher durch eine pessimistische Anschauung ersetzen müssen. Bis in jüngster Zeit ist immer ein allgemein schleppender Geschäftsgang zu bemerken. Wenn auch hier und da eine Aufstragserteilung über das durchschnittliche Maß zu verzeichnen sein mag, so sind das keine ausschlaggebenden Beweise einer Wirtschaftsbelebung. Man wird sich also mit der Tatsache abfinden müssen. Jeder Kollege, der noch in der glücklichen Lage ist, sich zu den Schaffenden zählen zu können, stelle sich freudig in den Dienst der Selbsthilfe. Dadurch wird der Glaube an ein Zusammengehörigkeitsgefühl wesentlich gefördert.

C e l l e.

H. Eberhardt.

### Zur Handsekerbewegung

Als nach dem Kriege infolge der Geldentwertung eine Lohnbewegung der andern folgte, glaubten die Sparten, daß auch ihre Zeit gekommen sei, um für sich eine besondere Bezahlung herauszuholen. Alle Spartenanträge liefen damals darauf hinaus, soundso viel Prozent über Minimum zu erhalten. Da nun die Handseker keine Sparte hatten, kam für sie auch keine Überbezahlung, sondern nur der nackte Tariflohn in Frage. Dieser Zustand führte dazu, daß eine Anzahl Leipziger Kollegen mit dem Gauvorstand, Kollegen Hesselbarth, und dem Tarifvertreter, Kollegen Wogenitz, zwecks Einberufung einer Handsekerversammlung Rücksprache nahmen. Hierbei ist zu erwähnen, daß schon vor dem Kriege in Leipzig der Versuch gemacht worden war, der Spartenfrage in einer Handsekerversammlung näherzukommen. Es mußte beim Versuch bleiben, da

der damalige Verbandsvorstand eine Sparte der Handseker mit der Begründung nicht aufkommen ließ: „Die Handseker sind das Rückgrat des gesamten Verbandes“.

Die fortschreitende Technik und die fortgesetzten Tarifverhandlungen infolge der Entwertung des Geldes hatten zu einer Änderung der früheren Ansichten wesentlich beigetragen. Am 8. April 1920 rief der dieser Tage verstorbene Tarifvertreter des Kreises VII, Kollege Wogenitz, die Leipziger Handseker zu einer Versammlung nach dem „Albergarten“. Das Resultat der Versammlung war die Wahl einer siebenköpfigen Kommission, die vor allen Dingen die Interessen der Handseker wahrzunehmen hatte. Da die Zusammensetzung der Kommission in praktischer Beziehung eine sehr gute war, so war es ihr auch möglich, den Tarif einer gründlichen Unterlegung zu unterziehen. Diesen Kommissionssitzungen wohnten ständig Kollege Wogenitz und der Tarifschiedsgerichtsvorsitzende und Leiter der Kurze über Sachberechnung, Kollege Römer, bei. Festgestellt wurde, daß unsere früheren Kollegen bei Aufstellung der verschiedenen tariflichen Positionen in fast einwandfreier Weise die Leistung und die Entlohnung der Handseker festgelegt hatten. Mag es manchmal infolge einer vorteilhafteren Arbeit scheinen, daß der Tarif zu hoch ist, so ist doch andererseits festzustellen, daß bei u. n. vorteilhafteren Arbeiten dieselben Positionen eher zu niedrig gehalten sind.

Was waren nun die wesentlichen Punkte, die die Kommission in tariflicher Beziehung erreichte? Die in Anlage „A“ des heutigen Tarifs am Anfang stehende erweiterte Alphabetsfolge nach den verschiedenen Sprachen war ein Vorschlag der Kommission. Ferner gelang es ihr, den Wühlnotenatz, der bis dahin in freier Vereinbarung bezahlt wurde, in ein festes tarifliches Verhältnis zu bringen. In Sachen des mathematischen Gaves war eine Unterkommision tätig, deren gute Vorschläge eine Zustimmung auf Gegenseite nicht fand. Wenn auch die Bezahlung des Mathematischen sich schwer schematisieren läßt, „ein Kommentar mit Formeln“, nach allen tariflichen Erfordernissen errechnet, kann aber wohl nicht als Unmöglichkeit gelten.

In noch einigen andern Punkten konnte die Kommission gute tarifliche Vorschläge liefern, die später im Tarif Aufnahme fanden. So z. B. die bessere Bezahlung für geringeren Ausschluß, die Bezahlung für Ziffernsatz auch bei dem 48. Teil. Die erst in dem vorigen Tarif aufgenommene Entschädigung der Abkürzungen: 1 Abkürzung = 3 Ziffern, ist ein alter Vorschlag der Kommission.

Auch mit den Maschinenatz verarbeitenden Kollegen wurden eingehende Besprechungen abgehalten. Die Infektion mit ihrer rapiden Geldentwertung ließ aber die Leipziger Handsekerkommission nicht weiter zu fruchtbringender Arbeit kommen. Der damalige Experte der Leipziger Handsekerkommission hat sich zwar in ausgezeichneter Weise bei den Tarifverhandlungen 1922 bewährt, aber ein besseres Verhältnis in der Bewegung der Handsekerpartei trat erst mit der festen Währung unfres Geldes ein.

Da die andern Sparten darauf drängten, daß auch die Handseker sich vereinigen sollten, beschloß eine Leipziger Generalversammlung einen allgemeinen Spartenbeitrag von 10 Pf. Der Grundstock zur Handsekerpartei war damit gelegt. Dieser Pflichtbeitrag des Leipziger Gaves wurde indes auf einer Gauvorsteherkonferenz nach einem halben Jahr wieder aufgehoben. Doch hatten sich die Kollegen an die 10 Pf. Extrabeitrag gewöhnt, und sie blieben Mitglieder der Sparte. Um den Spartengebanken weiterzutragen, wurde aus der Leipziger Handseker„Kommission“ die Leipziger Handseker, Wogenitz, gebildet.

Seit Bestehen der Handsekerkommission war auch ein reger Meinungsaustausch mit andern Druckstädten, so München, Berlin, Danzig, Würzburg, Stuttgart usw., im Gange.

Durch die Beiträge der sogenannten „Zwangsparte“ und später der großen Mitgliederzahl in Leipzig war es möglich, selbständige Versammlungen und Besprechungen abzuhalten und ein Mitteilungsblatt herauszugeben. Auch die Gründungen anderer Handsekervereinigungen konnten nun reichlich unterstützt werden. — Der technische Fortschritt und das Zurückdrängen der Handseker durch die Schneidmaschinen zwang die Kollegen auch anderwärts ja doch immer mehr zum Zusammenfluß. Auf dem Verbandstag in Frankfurt a. M. fand die Handsekerpartei ihre offizielle Anerkennung.

Auf die Vorformnisse der letzten Zeit einzugehen, erübrigt sich wohl, da sie größtenteils bekannt sind. Nur eine Feststellung ist hierbei zu machen. Vor einhalb Jahren beging die Leipziger Handsekervereinigung ihre fünfjährige Gründungsfest. Das ist der Zeitpunkt, wo der obligatorische Spartenbeitrag in Leipzig aufgehoben worden war. Den schöpferischen Gedanken der Handsekerbewegung aber legte im April 1920 unser jetzt verstorbenen Kollege Adolf Wogenitz, den wir als Gründer anzuerkennen haben.

Leipzig.

Karl Gotthardt.

### Zum Berufsausbildungsgelehr

„Das Junge Deutschland“, die überbildliche Zeitschrift des Reichsausschusses der Deutschen Jugendverbände, dem auch die freien Gewerkschaften durch den A.G.B. angeschlossen sind, teilt im Märzheft die Stellungnahme des Reichsausschusses zum Entwurf eines Berufsausbildungsgelehr mit, wie er gegenwärtig dem 9. Ausschuss des Reichstages für soziale Angelegenheiten vorliegt. Diese Stellungnahme ist erstens dermaßen in durchaus fortschrittlichem Geiste erfolgt. Zunächst fordert der Reichsausschuss die Einbeziehung der in der Landwirtschaft arbeitenden Jugend, die im ersten Entwurf mitberücksichtigt war; dann wendet er sich gegen die im § 21 (2) bedingungsweise zugelassene Heranziehung des Lehrlings zur Hausarbeit, die mit der Berufsausbildung nicht das geringste zu tun hat; weiter verlangt er gegenüber der ungenügenden Bestimmung im § 12 (3) Sicherstellung der Vereinigungsfreiheit der Jugendlichen. Die Bestimmungen im § 12 (1) des Entwurfs über den Besuch der Berufsschule und die Anrechnung der Arbeitszeit genügen dem Reichsausschuss ebensowenig wie uns. Er hält es wie wir für notwendig, daß eine eindeutige Bestimmung in das Gelehr aufgenommen wird, nach der durch den Besuch der Pflichtfortbildungsschule (Berufsschule) die Arbeitszeit des Jugendlichen (Lehrlings) nicht verlängert werden darf. Zur Begründung dieser Forderung hat der Reichsausschuss auf Grund seiner Erhebungen angeführt, daß die Berufsschulstunden von rund 18 000 Jugendlichen bei 47,9 Proz. innerhalb, bei 3,6 Proz. außerhalb und bei 38,7 Proz. teilweise außerhalb der Arbeitszeit lagen. Da nach Auffassung des Reichsausschusses, die auch wir immer vertreten haben, der Berufsschulunterricht ein Teil der Berufsausbildung sein soll, so hält er es mit uns für erforderlich, daß die Zeit für den Schulbesuch als Arbeitszeit gerechnet wird. In der Urlaubsfrage bedauert der Reichsausschuss das Fehlen einer Bestimmung über ein Mindestmaß von Urlaub und bittet dringend, daß in dem jetzt vorliegenden Gelehrentwurf eine Bestimmung aufgenommen wird, die den erwerbstätigen Jugendlichen (einschließlich Lehrlingen) im Alter von 14 bis 16 Jahren einen bezahlten Urlaub von drei Wochen und den Jugendlichen (einschließlich Lehrlingen) von 16 bis 18 Jahren einen bezahlten Urlaub von zwei Wochen im Jahre sicherstellt. Der Reichsausschuss erwartet die Berücksichtigung dieser Forderung vor allem auch deshalb, weil das Reichsarbeitsministerium in seiner Begründung zum Entwurf eines Arbeitsgelehrs darauf hinweist, daß die Urlaubsfrage für Jugendliche im Berufsausbildungsgelehr geregelt werden soll.

In der Frage der Aufrechterhaltung und Anerkennung tariflicher Erzeugnisse stellt sich der Reichsausschuss auf den Boden der Entschließung unserer Gewerkschaftskonferenz vom Januar dieses Jahres, die im gleichen Heft des „Jungen Deutschland“ wiedergegeben wird. Der Reichsausschuss führt hierzu aus: „Einigen berufständigen Organisationen ist es auf dem Wege der freien Vereinbarung gelungen, für ihre in der Berufsausbildung stehenden Jugendlichen bessere Bedingungen zu erreichen, als sie der Gelehrentwurf vorsieht. In diesem Falle bedeutet also der Gelehrentwurf eine Verschlechterung gegenüber gegenwärtigen Bedingungen der Berufsausbildung. Der Reichsausschuss hat deshalb den Gelehrgeber gebeten, dahin wirken zu wollen, daß durch Anordnungen und Maßnahmen der gesetzlichen Berufsvorkretungen keine tarifvertraglich festgelegten Bestimmungen verschlechtert werden dürfen.“

Diese Stellungnahme des Reichsausschusses, dem in der großen Mehrheit bürgerliche und konfessionelle Verbände angeschlossen sind, ist sehr erfreulich und deutet sich in den angeführten Punkten mit der unsrigen. Hoffentlich tragen die Vertreter der bürgerlichen und konfessionellen Parteien im Reichstag dem Verlangen ihrer Gesinnungsfreunde bei der endgültigen Gestaltung des Gelehrs Rechnung.

### Adolf Wogenitz' letzter Weg

Am Montag, dem 21. März, hat die Leipziger Kollegen-schaft ihren alten, raskosen, nimmermüden Streiter zur ewigen Ruhe geleitet. Alt und jung, Gewerkschafts- und Parteigenossen waren außerordentlich zahlreich erschienen, um dem Freunde den letzten Gruß zu bringen. In der kleinen Kapelle des Johannisfriedhofes fand der Sarg unter der dichten Fülle der Kränze, die ihm gewidmet waren. Neben dem flammenden Rot der Schiefen besonders zahlreich die der Gawe mit den Buchdruckerfarben. Der Hintergrund der Kapelle war mit Blumen und anderem Grün wirkungsvoll drapiert. Nach verklingener Orgel erkundete der Gesang des „Gutenberg“: „Ein Sohn des Volkes“. In diese Worte knüpfte der freigelegte Redner Theo Mayer an und betonte, daß sie auf keinen Besseren zutreffen als auf Adolf Wogenitz. Sein Leben habe von

## Fünfzig Jahre Verbandsmitglied



Wilhelm Rehner in Kempten  
Eingetreten: 1. April 1880 — Jetzt Invalide



Paul Bernhardt in Leipzig  
Eingetreten: 1. April 1880  
Frankenknecht & Wagner in Leipzig



Fritz Kieger in Leipzig  
Eingetreten: 3. April 1880  
Jetzt Invalide



Rich. Kandelbacher in Berlin  
Eingetreten: 3. April 1880  
Jetzt Invalide



R. Pogendüchener, Halle (S.)  
Eingetreten: 4. April 1880  
Jetzt Invalide



früher Jugend an der Arbeiterbewegung geführt. Selbst die Verfolgungen während der Zeit des Sozialistengesetzes haben ihn nicht wanken gemacht. Bis in seine letzten Tage hinein habe er Anteil genommen an dem Kampfe der Arbeiterklasse. So werde Adolf Wogenitz, der ganz dem wertvollen Volke gehörte, allezeit lebendig bleiben in den Herzen aller Proletarier. Stimmungsvoll klang das „Glockenlied“ von Ledebur, vorgetragen durch die Sänger des „Gutenberg“, durch den Raum. Unter Orgelklängen wurde dann der Sarg hinausgetragen zu seiner Ruhestätte, an die Seite der schon früher verstorbenen Gattin. Nach einem kurzen Weisepredigt schilderte Kollege M. v. d. n. nochmals das Wirken des alten Kämpfers. Nach Beendigung seiner Rede schloß er sich seiner Berufsorganisation an, der er bis heute über sechs Jahrzehnte angehörte. Hier gehörte er zu jenen, die überall Hand anzulegen wußten, um aufzubauen. Noch im 55. Lebensjahr beriefen ihn die schärfsten Kollegen zu ihrem Gehilfenvertreter im Tarifamt. 16 Jahre hat er dort mit großer Schaffensfreude gewirkt. Er war den alten Kollegen immer ein treuer Kamerad und den jungen ein gutes Vorbild. So wollen wir Adolf Wogenitz in alle Zukunft unvergessen bleiben lassen. Der Redner der Partei, Kollege Sepphan, zeigte nochmals das politische Wirken des Verstorbenen auf und überbrachte die letzten Grüße der Leipziger Arbeiterschaft. Kollege Schwenig dankte im Auftrag des Verbandsvorstandes, noch einmal hervorhebend, daß die selbstlose Hingabe an die gewerkschaftliche Organisation immer Anerkennung gefunden habe. Kollege Robert Braun (Berlin) überbrachte den letzten Gruß, im Namen der übrigen Gawe. Es sprachen dann noch die Vertreter der Sparten, des Gefangenenvereins „Gutenberg“ und der A.G.B. Gruppe Altenburg-Thüringen, die ihre Gründung Adolf Wogenitz verdankt. Kollege Beyer dankte dem Verstorbenen nochmals im Auftrag der gesamten graphischen

Hilfsarbeiterschaft. Darauf sangen die Sänger des „Gutenberg“ das Lieblingslied von Adolf Wogenitz: „Waldher von der Vogelweide“, und damit fand die Trauerfeier ihren Abschluß.

Sein Leben war Kampf, der schwere Kampf im Anfang der Bewegung. Er half vorbereiten eine bessere Zukunft. Noch ist nicht alles erreicht. Darum wollen wir weiterwirken in seinem Geiste — das ist der beste Dank an Adolf Wogenitz.

### Korrespondenzen

**Bernburg.** In unserer Versammlung am 9. März hörten wir einen Vortrag des Gewerkschaftssekretärs Kollegen Lecker über das Thema „Das kommende Berufsausbildungsgelehr“, wozu wir auch die Lehrlingsgruppe eingeladen hatten. Leider war auch diese Versammlung nicht gut besucht. Für einen Vortrag von solcher Wichtigkeit müßte jeder Kollege Interesse zeigen. In Anbetracht der großen Lehrlingszahl hier am Orte wäre es zu wünschen, daß das Berufsausbildungsgelehr recht bald in Kraft gesetzt würde.

**Worum.** (Handseker.) Unsere Hauptversammlung am 9. März war gut besucht. Vorsitzender Bajan gab den Geschäftsbericht. Infolge Arbeitslosigkeit und der Stilllegung eines Betriebes ist der Mitgliederstand leider zurückgegangen. Der vom Kassierer Riedemann erstattete Kassenbericht zeigte ein befriedigendes Ergebnis. Mit großem Interesse hörte die Versammlung den Bericht über die Hauptversammlung der Gawevereinigung in Köthen, den Kollege Fabian (Witten) erstattete. Er zeigte, daß unsere Funktionäre gut gearbeitet haben und dadurch die Entwicklung der Handsekerpartei ein großes Stück vorwärts gekommen sei. Die Kollegen Bajan und Had ergänzten den Bericht. Mit Ausnahme des zweiten Vorsitzenden, der von seinem Posten zurücktrat, wurde der alte Vorstand wiedergewählt. Unter „Verschiedenem“ wurde beschlossen, jedes Vierteljahr eine Versammlung abzuhalten, und zwar wechselnd in den Bezirken. Hattingen wurde als Ort der nächsten Versammlung bestimmt. Den arbeitslosen Mitgliedern wurde ein Zehrgeld bewilligt.

**S. Breslau.** (Maschinenseker.) Welch großes Interesse die Maschinenseker des Gau's Schlesien untern Besanstellungen entgegenbringen, bewies der zahlreiche Besuch der Hauptversammlung unserer Gawevereinigung. Mit freundlichen Worten begrüßte Vorsitzender Birnbach die nahezu 250 Kollegen, die aus allen Orten der Provinz herbeigekommen waren, um an der wichtigen Tagung teilzunehmen. Ältere Kollegen Josefiker als Vertreter des Gauvorsitzenden nahmen noch zwei Vertreter von Sechsmaschinenfabriken teil. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrten die Anwesenden das Andenken zweier im Laufe des Jahres verstorbenen Kollegen. Sodann machte der Vorsitzende einige wesentliche Ausführungen zum Jahresbericht, der allen Kollegen bereits vorher gedruckt zugegangen war. Hierbei wies er zunächst darauf hin, daß die Kenntnis einiger Tarifpositionen es geboten erschienen sei, dem Borort eine Tarifkommission anzuschließen, die den Kollegen bei vorkommenden Berechnungsdifferenzen mit der Geschäftsleitung beratend zur Seite steht. Weiter betonte er, daß das Maternumwesen sich auch bei uns in erheblichem Maße breit macht. Eine Folge der Rationalisierung, löst die Verwendung von Material eine erhöhte Arbeitslosigkeit aus. Deshalb ist es notwendig, als gerechten Ausgleich hierfür die Arbeitszeit zu senken. Sonntagsarbeit wird nur in wenigen Fällen geleistet und liegt innerhalb der 48-Stunden-Woche. Die Einführung der Sonntagsarbeit liegt in dem Tempo unserer Zeit begründet und muß zentral befristet werden. Wir vollkommene ungenügend die Ausbildung an der Sechsmaschinenabteilung der hiesigen Handwerkerlehre, dafür konnten einige besonders drastische Fälle genannt werden. Die Kollegen werden ihr Geld los und können sich auf Grund der erworbenen geringen Kenntnisse nicht behaupten. Möge dies eine Warnung für diejenigen sein, die die Mühe haben, sich an der Handwerkerlehre zum Maschinenseker auszubilden zu lassen. Leider ist es uns noch nicht gelungen, mit der Schule, die nun einmal nicht zu unterbinden ist, ein Abkommen zu treffen, das eine tatfähige Ausbildung gewährleistet. Daß der Osten in der Bezahlung gegenüber dem Westen noch zurück liegt, ist eine bekannte Tatsache. Berücksichtigt man aber, daß in den letzten Jahren in Schlesien nicht weniger als 113 Sechsmaschinen neu aufgestellt wurden, so ist daraus zu ersehen, daß das Buchdruckgewerbe noch immer einen ansehnlichen Gewinn abwirft und infolgedessen auch bessere Löhne gezahlt werden könnten. Die Einführung der elektrischen Beheizung läßt noch zu wünschen übrig; es liegt im Interesse jedes einzelnen, für deren vermehrte Einführung zu sorgen. In der Aussprache über den Bericht wurde zum Ausdruck gebracht, daß die hygienischen Bestimmungen für Maschinenseker im Tarif verankert werden müssen. Des weiteren wurde der Vorstand durch einen Antrag Riegnitz beauftragt, eine Eingabe an die zuständige Gewerbeinspektion zu richten, in der eine strengere Kontrolle und Ent- und Befüllungsanlagen und ein größeres Augenmerk auf die Verhütung der Staubentwicklung in den Sechsmaschinenbetrieben gefordert wird. Es soll in dieser Eingabe auf die Gefahr der Weiterkrankung und auf die schon des öfteren eingetretenen Todesfälle infolge dieser Krankheit hingewiesen werden. Der Bericht des Kassierers wurde gutgeheißen und ihm sowie dem gesamten Vorstand Entlastung erteilt. Einen breiten Raum nahm die Beschlusfassung über das neue Statut ein. Die Geschäfte der Gawevereinigung, die heute über 500 Mitglieder zählt, wurden bisher vom Borort Breslau mitgeführt. Einem Beschluß der letzten Hauptversammlung nachstehend und die durch das Steigen der Mitgliederzahl erhöhte Mehrarbeit machen es notwendig, daß die Geschäfte der Gawevereinigung ein besonderer Vorstand erledigt. Das neue Statut, das dem Rechnung trägt, wurde nach lebhafter Aussprache und einigen Änderungen einstimmig angenommen. Der vom Borort gestellte Vorstand wurde bestätigt. Als Vorsitzender amtierte Kollege Birnbach und als Kassierer Kollege Klmann. Der Gaubeitrag wurde in der bisherigen Höhe von 15 Pf.

Gesellschaftliche (für Verbandsnachrichten, Anzeiger und Mitteilungen): Georg Wolff, Volkshofstr.: Berlin NW 20 16.

Verbandsverwaltung der Drucker: Vorsitzender: Bruno Wefermann, Berlin-Tempelhof, Friedrichshagen-Str. 41, II; Kassierer: Walter Grottel, Berlin-Tempelhof, Weststr. 17, I; Schriftführer: Berlin NW 7, Str. 270 70.

Verbandsverwaltung der Buchbinder: Vorsitzender: Otto Heber, Berlin-Weiß (Stellung), Weißenseerstr. 9; Kassierer: Emil Weidmann, Berlin N 4, Rosenthalstr. 4.

Verbandsverwaltung der Setzer: Vorsitzender: Hans Grunemann, Berlin S 60, Hildesfelder 32; Kassierer: Wilhelm Gode, Berlin SO 2, Götlicher-Unter 8; Schriftführer: Berlin NW 7, Str. 1933 00.

Verbandsverwaltung der Mallesensetzer: Vorsitzender: Wilhelm Röber, Berlin-Weißensee, Götlicher-Str. 43; Kassierer: Franz Feine, Schönberg, Berlin-Weißensee 37, II.

Verbandsverwaltung der Schriftführer: Vorsitzender: Ernst Götzer, Berlin-Tempelhof, Friedrichshagen-Str. 27; Kassierer: Fritz Duntel, Berlin-Tempelhof, Göttinger-Str. 46.

Verbandsverwaltung der Einzelverleger und Galvanisierer: Vorsitzender: R. R. R. Berlin-Tempelhof, Götlicher-Str. 54; Kassierer: Erich Barthel, Berlin W 35, Südfriedrichstr. 20.

Gesellschaftliche: Max Baerwald, Friedrichshagen, Götlicher-Str. 24, I; Max Berlin: Fritz Böhmer, Berlin SO 16, Götlicher-Str. 41; Max Berlin: Alfred Kuntze, Berlin-Tempelhof, Volkshofstr. 14.

Gesellschaftliche: Max Baerwald, Friedrichshagen, Götlicher-Str. 24, I; Max Berlin: Fritz Böhmer, Berlin SO 16, Götlicher-Str. 41; Max Berlin: Alfred Kuntze, Berlin-Tempelhof, Volkshofstr. 14.

Gesellschaftliche: Max Baerwald, Friedrichshagen, Götlicher-Str. 24, I; Max Berlin: Fritz Böhmer, Berlin SO 16, Götlicher-Str. 41; Max Berlin: Alfred Kuntze, Berlin-Tempelhof, Volkshofstr. 14.

Gesellschaftliche: Max Baerwald, Friedrichshagen, Götlicher-Str. 24, I; Max Berlin: Fritz Böhmer, Berlin SO 16, Götlicher-Str. 41; Max Berlin: Alfred Kuntze, Berlin-Tempelhof, Volkshofstr. 14.

Gesellschaftliche: Max Baerwald, Friedrichshagen, Götlicher-Str. 24, I; Max Berlin: Fritz Böhmer, Berlin SO 16, Götlicher-Str. 41; Max Berlin: Alfred Kuntze, Berlin-Tempelhof, Volkshofstr. 14.

Gesellschaftliche: Max Baerwald, Friedrichshagen, Götlicher-Str. 24, I; Max Berlin: Fritz Böhmer, Berlin SO 16, Götlicher-Str. 41; Max Berlin: Alfred Kuntze, Berlin-Tempelhof, Volkshofstr. 14.

Gesellschaftliche: Max Baerwald, Friedrichshagen, Götlicher-Str. 24, I; Max Berlin: Fritz Böhmer, Berlin SO 16, Götlicher-Str. 41; Max Berlin: Alfred Kuntze, Berlin-Tempelhof, Volkshofstr. 14.

Gesellschaftliche: Max Baerwald, Friedrichshagen, Götlicher-Str. 24, I; Max Berlin: Fritz Böhmer, Berlin SO 16, Götlicher-Str. 41; Max Berlin: Alfred Kuntze, Berlin-Tempelhof, Volkshofstr. 14.

Gesellschaftliche: Max Baerwald, Friedrichshagen, Götlicher-Str. 24, I; Max Berlin: Fritz Böhmer, Berlin SO 16, Götlicher-Str. 41; Max Berlin: Alfred Kuntze, Berlin-Tempelhof, Volkshofstr. 14.

Gesellschaftliche: Max Baerwald, Friedrichshagen, Götlicher-Str. 24, I; Max Berlin: Fritz Böhmer, Berlin SO 16, Götlicher-Str. 41; Max Berlin: Alfred Kuntze, Berlin-Tempelhof, Volkshofstr. 14.

Gesellschaftliche: Max Baerwald, Friedrichshagen, Götlicher-Str. 24, I; Max Berlin: Fritz Böhmer, Berlin SO 16, Götlicher-Str. 41; Max Berlin: Alfred Kuntze, Berlin-Tempelhof, Volkshofstr. 14.

Gesellschaftliche: Max Baerwald, Friedrichshagen, Götlicher-Str. 24, I; Max Berlin: Fritz Böhmer, Berlin SO 16, Götlicher-Str. 41; Max Berlin: Alfred Kuntze, Berlin-Tempelhof, Volkshofstr. 14.

Gesellschaftliche: Max Baerwald, Friedrichshagen, Götlicher-Str. 24, I; Max Berlin: Fritz Böhmer, Berlin SO 16, Götlicher-Str. 41; Max Berlin: Alfred Kuntze, Berlin-Tempelhof, Volkshofstr. 14.

Adressen der dem Internationalen Buchdruckerkongress angeschlossenen Organisationen

Internationaler Buchdruckersekretariat: II. Grundbacher, Bern, Länggasse-Str. 36.

Internationaler Sekretariatskommission: Präsident: J. Schlumpf, Mittelhörsli, H. Huber, Kirschenweg, A. Sarbach und A. Schärer (Paris), Auswärtige Mitglieder: O. Kraatz (Berlin), C. Lichon (Paris), W. Nemecek (Prag) und F. van der Wal (Amsterdam).

Belgien: Comité central de la Fédération Typographique Belge, 26, Avenue Frans-Courtois, Bruxelles.

Bulgarien: Verband der Graphischen Arbeiter und Arbeiterinnen in Bulgarien, Bulgarischki Dom, Lewski 24, Sofia (Bulgarien).

Dänemark: Vorstand des Dänischen Typographenbundes, Vestergade 5, Kopenhagen K.

Deutschland: Vorstand des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, -Redaktionsrat 5, Berlin SW 61.

Estland: Eesti Kirjandusliku Liidu Väike Püramü mat. 31-5, Tallinn (Reval), Eesti.

Finnland: Svenska Bokarbetarförbundet, Brobergsgatan 10, Helsingfors.

Frankreich: Comité central de la Fédération française des Travailleurs de la Livre, Rue J.-B. Duval 7, Paris 13.

Holland: Vorstand des Allgemeinen Niederländischen Typographenbundes, Sorghvliet 1, Amsterdam (Centrum).

Island: Hio Idenska Prentarafélag (Féðaröngur Íslandsk), Spítalagata 7, Reykjavik.

Jugoslawien: Vorstand des Verbandes der graphischen Arbeiter Jugoslawiens, Prinskorova ulica 2, Zagreb (Agram).

Lettland: Professioneller Buchgewerbeverband Lettlands, Lacpita laiva 43/45, Riga.

Luxemburg: Vorstand des Luxemburger Buchdruckervereins, Rue des Trévires 38, Dornumweg bei Luxemburg.

Manneberg: Verband der Buchdrucker und verwandter Berufe, Herrn Karl Thielert, Parkstr. 3, Memel (Litauen).

Norwegen: Vorstand des Norwegischen Zentralvereins für Buchdrucker, Youngsgaten 13, Folkesthus, Oslo.

Osterreich: Vorstand des Reichvereins der Osterreichischen Buchdrucker- und Zeitungsarbeiter, Seidengasse 15, Wien VII/1.

Polen: Związek Zawodowy Drukarski i Pokrewnych Zawodów w Polsce, Miodowa 6, Warszawa (Warschau).

Rumänien: Verband der graphischen Arbeiter Rumäniens „Gutenberg“, Osternbergstr., Memorandum 23, Cluj (Klausenburg).

Schweden: Svenska Typograförbundet, Barnhusgatan 20, Stockholm I. Schweiz: Zentralkommission des Schweizerischen Typographenbundes, Monbijoustr. 23, Bern. Spanien: Federación Gráfica Española, Piamonte, 2, Madrid, 4. Tschechoslowakei: Verband der Buchdrucker in der Tschechoslowakischen Republik, Smekov 27 n. Pr. II. Ungarn: Vorstand des Vereines der Buchdruckermeister Ungarns, Feh. Sándor-utca 4, Budapest VIII. Elsaß-Lothringen: Vorort Straßburg; Vorsteher: Fr. Buchmann, Schulgasse 31, rue de la Gare. Polen: Verband deutscher Buchdrucker in der Republik Polen, Artur Szpang, Bydgoszcz, Górczaka-Gasse 51. Polnisch-Oberschlesien: Deutscher Buchdruckerverband in der Wojewodschaft Schlessen: Theodor Mohr, Katowice (Kattowitz), ul. Kozielska 1.

Vertical text on the left side of the page, likely a page number or reference.

der Gewerkschaften, Gewerkschaften, Gewerkschaften und Gewerkschaften

der Gewerkschaften, Gewerkschaften, Gewerkschaften und Gewerkschaften

der Gewerkschaften, Gewerkschaften, Gewerkschaften und Gewerkschaften

der Gewerkschaften, Gewerkschaften, Gewerkschaften und Gewerkschaften

der Gewerkschaften, Gewerkschaften, Gewerkschaften und Gewerkschaften

der Gewerkschaften, Gewerkschaften, Gewerkschaften und Gewerkschaften

der Gewerkschaften, Gewerkschaften, Gewerkschaften und Gewerkschaften

der Gewerkschaften, Gewerkschaften, Gewerkschaften und Gewerkschaften

der Gewerkschaften, Gewerkschaften, Gewerkschaften und Gewerkschaften

der Gewerkschaften, Gewerkschaften, Gewerkschaften und Gewerkschaften

der Gewerkschaften, Gewerkschaften, Gewerkschaften und Gewerkschaften

der Gewerkschaften, Gewerkschaften, Gewerkschaften und Gewerkschaften

der Gewerkschaften, Gewerkschaften, Gewerkschaften und Gewerkschaften

der Gewerkschaften, Gewerkschaften, Gewerkschaften und Gewerkschaften

der Gewerkschaften, Gewerkschaften, Gewerkschaften und Gewerkschaften

der Gewerkschaften, Gewerkschaften, Gewerkschaften und Gewerkschaften

der Gewerkschaften, Gewerkschaften, Gewerkschaften und Gewerkschaften

der Gewerkschaften, Gewerkschaften, Gewerkschaften und Gewerkschaften

der Gewerkschaften, Gewerkschaften, Gewerkschaften und Gewerkschaften

der Gewerkschaften, Gewerkschaften, Gewerkschaften und Gewerkschaften

der Gewerkschaften, Gewerkschaften, Gewerkschaften und Gewerkschaften

Gebrüder: Rudolf Ernst, Schwaner Straße 47, H.; Edmund ...

Erzgebirge-Bezirk. Borst Gernigk, Gausdorfer

Georg Gernigk, Gausdorfer Straße 47, H.; Edmund ...

Frankfurter-Bezirk. Borst Frankfurt a. M. Gausdorfer

Georg Gernigk, Gausdorfer Straße 47, H.; Edmund ...

Walter Schäffer, Grüne Straße 45, C. F. F. ...

Hannover-Bezirk. Borst Hannover, Gausdorfer

Georg Gernigk, Gausdorfer Straße 47, H.; Edmund ...

Leipzig, Gausdorfer Leopold Pfeiffer, Gausdorfer

Georg Gernigk, Gausdorfer Straße 47, H.; Edmund ...

Erste 54; Lilo Schmidt, Gausdorfer 54, H.; ...

Märkten-Bezirk. Borst Gutzguth; Gausdorfer

Georg Gernigk, Gausdorfer Straße 47, H.; Edmund ...

Märkten-Bezirk. Borst Gutzguth; Gausdorfer

Georg Gernigk, Gausdorfer Straße 47, H.; Edmund ...

Radt: Lilo Schmidt, Gausdorfer 54, H.; ...

Märkten-Bezirk. Borst Gutzguth; Gausdorfer

Georg Gernigk, Gausdorfer Straße 47, H.; Edmund ...

Märkten-Bezirk. Borst Gutzguth; Gausdorfer

Georg Gernigk, Gausdorfer Straße 47, H.; Edmund ...

Radt: Lilo Schmidt, Gausdorfer 54, H.; ...

Märkten-Bezirk. Borst Gutzguth; Gausdorfer

Georg Gernigk, Gausdorfer Straße 47, H.; Edmund ...

Märkten-Bezirk. Borst Gutzguth; Gausdorfer

Georg Gernigk, Gausdorfer Straße 47, H.; Edmund ...





monatlich befaßen. Als Tagungsort für die diesjährige Wanderversammlung wurde Buzglaun gewählt. Des weiteren beschäftigte sich die Versammlung mit dem Abschluß des neuen Manteltarif. Hierbei wurde besonders bemängelt, daß nicht eine einzige ungerückte Forderung, speziell die wichtigsten, die Verzögerung der Arbeitszeit, in Erfüllung gegangen ist. Unter „Beschleidenem“ wurde ein Antrag eingebracht, der den Vorstand beauftragte, sich dafür einzusetzen, daß die schließlichen Maschinenführer wieder eine Vertretung im Gauvorstand erhalten. Stellte die umfangreiche Tagesordnung auch große Anforderungen an die Teilnehmer, so war doch alles besetzt von dem Gedanken, positive Arbeit zu leisten zum Wohle unserer Sparte und der Gesamtorganisation. — An die Tagung schloß sich eine gemeinsame Mittagstafel. Ein lustiger Nachmittags im Sternensaal des „Lunapark“ in Morgenau ließ den Fröhlichkeit zu seinem Recht kommen.

**M. Düsseldorf.** Am 15. März fand eine gut besuchte Versammlung statt, in der Kollege Schindeler über den Bericht über die Bezirksvorsteherkonferenz gab, wo die Düsseldorf Kollegen sich Stellung zu dem Ergebnis der Tarifverhandlungen nahmen. Die Aussprache zeigte, daß man allgemein unbedrückt war; über die Frage, ob bei der Urabstimmung mit Ja oder Nein zu stimmen sei, gingen die Auffassungen indes auseinander. Mit Rücksicht auf den Stand der Ortstafel wurde der einstimmige Beschluß gefaßt, mit dem Beginn des zweiten Quartals den Ortsvereinsbeitrag um 10 Pf. zu erhöhen. Ein Antrag, den Zuschuß für den Gesangverein „Gutenberg“ um die Hälfte zu kürzen, wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Die Versammlung hatte sich des weiteren mit erneuter unliebamer Vorommision im hiesigen Bewag-Betrieb zu beschäftigen. Am Rosenmontag kamen zwei Maschinenführer, die in der Nacht zum Montag noch gearbeitet hatten, mittags eine Stunde zu spät. Trotzdem sie sich sofort beim Geschäftsführer entschuldigend, wurden sie von demselben strafflos entlassen. Zwar wurde an demselben Tage die strafflose Entlassung zurückgenommen, doch erfolgte am nächsten Kündigungstermin die Kündigung. Gleich am Rosenmontag, einige Stunden nach der Entlassung, trafen per Motorrad zwei Solinger Streikbrecher zur Arbeit ein. Ist schon eine solche Entlassung wegen so geringfügiger Gründe an und für sich eine Brutalität, so ist es geradezu als unerhört zu bezeichnen, daß die kommunistische Betriebsratsmehrheit den Einspruch dieser beiden und eines dritten Kollegen, dem auch aus ähnlich wichtigen Gründen getündigt wurde, zurückwies. Hierdurch ist den Kollegen die Möglichkeit der Einspruchsphase am Arbeitsgericht genommen. In der ausgedehnten Aussprache, an der sich nahezu zwanzig Kollegen beteiligten, kam die ganze Entrüstung der Düsseldorf Buchdrucker gegen das schamlose Treiben gegen die gewerkschaftlich aufrechten Kollegen im kommunistischen Betrieb zum Ausdruck. Es wurde dargelegt, daß ganz systematisch alle standhaften Kollegen herausgeworfen werden sollen, um Platz für die Solinger Streikbrecher zu machen, da der dortige Betrieb nicht mehr existenzfähig ist. Die Kollegen Vorsch, Graaf, H. Klein und May gingen gehörig mit diesen kommunistischen „Klassenkämpfern“ ins Gericht. Sie kennzeichneten die Handlungsweise im Bewag-Betrieb, warnten die Kollegen, die es heute noch immer mit den Fortkämpfern der Gewerkschaften halten in der Hoffnung, so Stellung zu behaupten. Auch sie trafen einmal das gleiche Geschick, nachdem schon mancher im Bewag-Betrieb für geleistete Gesinnungstätigkeit den Gelestritt bekommen. Der ebenfalls kommunistische Kollege Faktor Krüger im Bewag-Betrieb glaubte sich ungeschuldig an den Vorommisionen in der Bewag und verurteilte kaum, etwas von der Vorwürfen zu entkräften. Unter kläglichem, nicht endenwollenden Pfeifen der gesamten Versammlung hielt ihm Kollege Graaf sein Sündenregister vor, ihm, dem kommunistischen Siebenstundentagkämpfer, der ständig 12 bis 14 Stunden täglich im kommunistischen „Musterbetrieb“ arbeitete, ihm, der vor dem Buchdruckeramt schließlich erklären mußte, daß ihm der Betrieb selbst zuwider sei, der dann am Arbeitsgericht unter Gegenwart des kommunistischen Geschäftsführers aus Angst vor der kommunistischen Peitsche seine Aussagen nicht wahr haben wollte, ihm, der trotz der Verwarnung noch weiter erheblich übergearbeitet hat. Vom Vorsitzenden Schindeler wurde noch einmal, wie schon oft bei früherer Gelegenheit, betont, daß es dem Verband gleichgültig sein könne, ob ein Mitglied kommunist sei oder nicht. Es habe sich nur den gewerkschaftlichen Grundfragen zu unterwerfen und nicht die gewerkschaftsfeindliche Zerkünderarbeit mitzumachen. Einstimmig wurde ein Antrag angenommen, der den Vorstand beauftragt, eine kleine Kommission aus dem Vorstand zu bilden, die Mittel und Wege findet, um dem Terrorismus gegen unsere Mitglieder im Bewag-Betrieb Einhalt zu gebieten. Ein Antrag des Vorstandes fand gegen zwei Stimmen Annahme, der den Ausschluß des Mitgliedes Moos ausspricht, weil dieser trotz der Warnung des Vorstandes sich auf eine Betriebsratsliste des Bewag-Betriebes hat aufstellen lassen, die zwei Inorganisierte enthält, und sich auch auf vorherige Aufforderung des Vorstandes nicht hat freizugehen lassen. Als Ausschlußgrund wurde ferner betrachtet die schloffe Handlungsweise als Betriebsratsmitglied gegenüber den gekündigten Kollegen.

**Hamburg.** (Maschinenseher.) In unserer gut besuchten Versammlung am 9. März gedachte Vorsitzender Ratho zunächst des verstorbenen Kollegen D. Zebell, der zuletzt als zweiter Vorsitzender für den Verein tätig war. Die Versammlung ehrte sein Andenken in üblicher Weise. Nach Erledigung einiger Eingänge entspann sich eine lebhafte Aussprache über den Gesundheitszustand und die Arbeitslosigkeit der Maschinenführer. Sodann wurde angeregt, in diesem Jahre an Stelle der Wanderversammlung den Kieker Kollegen einen Besuch abzustatten. Der Vorstand wurde beauftragt, die nötigen Schritte zu unternehmen. Nachdem noch einige innere Vereinsangelegenheiten erledigt worden waren, entwickelte sich nach einleitenden Ausführungen des Vorsitzenden eine Debatte über den neuen Manteltarif, die jedoch der vorgerückten Zeit wegen nur kurz war. Unter „Technischem“ hatten die Kollegen Gelegenheit, einige Erfindungen der Graphischen Werkstätte in Solingen (für Linotype) einzusehen, u. a. eine Haftvorrichtung für die Gewichtstäbe. Die Wiederher-

richtung alter Maßzigenfäße, was allgemein nur als ein Notbehelf betrachtet wurde, löste eine Debatte aus.

**Harburg-Wilhelmsburg 1.** (S a n d s e h e r.) Anschließend an die letzte Ortsvereinsversammlung am 22. Februar sprach der Vorsitzende der Hamburger Ortsgruppe über „Zweck und Ziele der Handwerkerpartei“. Nach einer eingehenden Aussprache erfolgte die Gründung. Eine dreigliedrige Kommission wurde gewählt zur Erledigung der Vorarbeiten. In der am 7. März abgehaltenen Versammlung erfolgte die Wahl des Vorstandes. Es wurden u. a. gewählt P. Reichelt als Vorsitzender und W. Schmidt als Kassierer. Der wöchentliche Beitrag wurde auf 10 Pf. festgesetzt. Mit Genugtuung konnte festgestellt werden, daß von den rund 50 Handgelehrten sich bereits 33 Kollegen der Bewegung angeschlossen. Sicherlich ein schöner Erfolg. Allgemein wurde aus der Versammlung heraus der Wunsch geäußert, daß die neue Sparte mit den übrigen Sparten Hand in Hand arbeiten möge zum Segen unseres Verbandes. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten und mit dem Wunsch, die neue Ortsgruppe Harburg-Wilhelmsburg 1 möge blühen und gedeihen, wurde unsere erste Versammlung geschlossen.

**Kempten (Allg.).** (Maschinenseher.) Am 9. März hielt die Maschinenführerreinigung fürs Allgäu ihre Generalversammlung ab. Trotz des weitverbreiteten Besuchs war der Besuch ein guter zu nennen. Neu aufgenommen wurden zwei Kollegen. Der Vorstandsbericht fand Genehmigung, dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Bei der Vorstandswahl wurde die bisherige Vorstandschef wiedergewählt; Vorsitzender Fritz Müller, Kassierer J. Kogg. Das Ergebnis der Tarifverhandlungen wurde einer Besprechung unterzogen. Zum ersten Bayerischen Maschinenführertag am 10. März in Nürnberg wurde der Vorsitzende delegiert, außerdem wurde für die weitere Kollegen ein Fahrtschluß bewilligt. Für die Herbstversammlung ist ein Vortrag über die Linotype mit Material der Mergenthaler Gießmaschinenfabrik in Aussicht genommen. Zum Schluß der Versammlung hielt Instrukteur E. Strobel (München) einen Vortrag über die Intertype, der durch zahlreiche Lichtbilder ergänzt wurde und lebhaftes Interesse fand. Für die vollständig kostenlose zur Verfügungstellung des Referenten und Überlassung des Vortragsmaterials sei der Intertype-Corporation auch an dieser Stelle bestens gedankt.

**Königsberg i. Pr.** (Maschinenseher.) In der diesjährige Generalversammlung fand am 2. März statt. Der Vorsitzende begrüßte die Erschienenen, insbesondere die Vertreter des Gau- und Ortsvereinsvorstandes, des Bildungsverbandes, der Spartenvertretungen und die äußerst zahlreich erschienenen Provinzkollegen. Neben den Delegierten waren auch eine größere Anzahl anderer Kollegen anwesend; insgesamt aus 16 Orten 40 Kollegen. Nach den Begrüßungsansprachen der anwesenden Vertreter und Erledigung des geschäftlichen Teils wurde der Jahres- und Kassenbericht genehmigt und dem Kassierer Entlastung erteilt. Der Bericht der Druckereivertreuer wurde und der Delegierten aus den Provinzorten zeitig eine lebhafte Diskussion, wobei betont wurde, daß bei Entlassungen von Maschinenführern und Übernahme in den Handlab die Betriebszugehörigkeit eine große Rolle spiele, und nicht, wie es von der hiesigen Handwerkerpartei bei Entlassungen in einem Großbetrieb verlangt wurde, die Maschinenführer strafflos zu entlassen seien, sondern von Fall zu Fall entschieden werden müsse. In der Auffassung wurde von den anwesenden Funktionären unterstrichen. Die Beschlußfassung über ein im Jahre 1931 anlässlich des 30jährigen Bestehens zu veranstaltendes erstes ostpreussisches Maschinenführertreffen wurde zurückgestellt und die Dispositionen hierzu dem Vorstand überlassen. Nach Erledigung der eingegangenen Anträge und Festsetzung des Beitrags wurde der alte Vorstand per Akklamation wiedergewählt. — Der äußerst gut besuchte Versammlung schloß sich ein gemüthliches Beisammensein an.

**Köln.** Am 8. März feierten wir unser 31. Stiftungsfest im großen Saale des „Volkshauses“. Eingeleitet wurde die Veranstaltung mit Konzertvorträgen der städtischen Kapelle, die auch während des ganzen Abends die gute Stimmung erhöhte. Vorsitzender Winter nahm zu einer herzlichen Begrüßungsansprache das Wort und dankte zunächst für das zahlreiche Erscheinen. Er gab sodann einen geschichtlichen Rückblick auf die Entwicklung unseres Verbandes. Besonders erhellend gedachte er der beiden Kölnener Verbandsmitglieder P. Rause und T. O. I. Die Mitbegründer des Kölnener Ortsvereins und des Bezirks Kolberg sind und die lange Jahre hindurch dem Verband die Treue bewahrt haben. Im Auftrage des Gauvorstandes begrüßte Kollege Wolter (Stettin) die Kölnener Kollegen und ihre Gäste aufs herzlichste. Seine Ausführungen über die zum Abschluß gekommenen Manteltarifverhandlungen wurden mit Interesse entgegengenommen. Im Verlauf seiner Rede widmete er ein besonderes Wort den anwesenden Frauen und sprach den Wunsch aus, daß sie der idealen Mitarbeit des Mannes in dem Organisationsleben der Arbeiterbewegung das nötige Verständnis entgegenbringen möchten. Das hierauf von zwei Mitgliedern des Kölnener Arbeiterabfahrtervereins „Solidarität“ aufgeführte Zweier-Kunststück fand allseitigen Beifall. Großen Anklang fanden auch die Vorträge zweier Konzertgitarrenspieler, und nur lobende und anerkennende Hervorhebung verdient das Berliner Mit-Grio (Kollege Haase, Präse und Kumand). Was diese drei Typen an Humor, Satire usw. vorbrachten, ist mehr, als man gewöhnlich selbst von Berufsmitgliedern erwartet. Ein gemüthliches Tanzkränzchen, Quadräteln und eine Verlosung hielten alle Festteilnehmer noch lange zusammen.

**Stettin.** (Vierteljahrsbericht.) Ausgang Dezember entstand in der Druckerei Brüste ein Konflikt, der leider bis heute nicht beigelegt ist. Herr Brüste übergibt bei Einstellungen wiederholt den Arbeitsnachweis. Bei dem letzten Fall legten sich unsere Kollegen für unsere Interessen ein und wurden von Herrn Brüste auf die Straße gesetzt. In Unterhandlung mit den Prinzipalvertretern wollten diese keine volle Wahrung darin sehen; doch gelang es, die Kollegen in die Mitte der zu Vermitteln einzuziehen. Die Firma arbeitet jetzt mit Inorganisierten und einem Gutenberghilf. — Im Januar fand keine Ver-

sammlung statt. — In der Hauptversammlung im Februar wurde mitgeteilt, daß auf eine Klage vor dem Arbeitsgericht für einen jungen Kollegen eine Kostgeldnachzahlung von 300 M. erteilt wurde. Auf ein Urteil in einer Tageszeitung um Beschäftigung für 55 arbeitslose Buchdrucker gingen zwei Angebote ein, eins für Kundenbesuche in Margarine, eins für den Vertrieb von Sackaufhaltern in Getreide, Kohlen- oder sonstigen Geschäften. Leider ist mit solchen Angeboten nichts Rechtes anzufangen. In der Statut-, Beitrags- und Verwaltungsausschüsse blieb es wie bisher. — Am 6. März fand eine weitere Versammlung statt. In dieser wurde auf seinen Antrag dem Arbeiterkamerad eine Beihilfe gewährt, auch wurde einem jungen Kollegen, der über Weihnachten im Krankenhaus lag, auf sein Gesuch hin noch eine Unterstützung bewilligt. Die Märzversammlung, in der unser Gauvorsitzer Reinte Bericht erstattete über die Manteltarifverhandlungen, war gut besucht. In der Diskussion sprachen sich einige Redner in abschendem Sinne aus.

**Wiesbaden.** (Vierteljahrsbericht.) In abgelaufenen Vierteljahre fanden nur zwei Versammlungen statt. Die erste am 20. Januar war von 97 Kollegen besucht. Vorsitzender Schäfer erstattete u. a. Bericht von der Bezirksvorsteherkonferenz. Er erstreckte zunächst das kommende Berufsausbildungsgezet und wies auf die abzuwendenden Verschlechterungen hin. Sodann wurden die Gesellensanträge zur Manteltarifrevision erörtert. — Die zweite, von 96 Kollegen besuchte Versammlung fand am 11. März statt. Kollege Schüller, der in Vertretung des Vorsitzenden an der Bezirksvorsteherkonferenz am 9. März teilgenommen hatte, berichtete darüber. Er ließ dabei die Tarifverhandlungen Reue passieren und wies einerseits auf die Abwehr der Verschlechterungsanträge der Prinzipalität und andererseits auf die trotzdem durchgeführten kleinen Verbesserungen hin. Nach einer Würdigung der wirtschaftlichen Lage empfahl er die Annahme des Tarifs. Nach recht lebhafter Diskussion, an der sich 12 Kollegen beteiligten, die sich teils für, teils gegen die Annahme aussprachen, kam man zu dem Schluß, daß jeder Kollege ernsthaft prüfen und dann für oder gegen entscheiden sollte.

### Allgemeine Rundschau

**Morix Schröter.** Aus Stuttgart ging uns die Trauertunde zu, daß dort der Sohn unseres Kollegen Theodor Schröter, des stellvertretenden Gauvorsitzers, der verstorbenen Trichinose-Epidemie zum Opfer gefallen ist. Der in der Blüte seines Lebens plötzlich Dahingeraffene war ein aufrechter und stets hilfsbereiter Kollege, ein Idealist, der sich mit jugendlichem Feuer für hohe Ziele begeisterte und bei der Verfolgung dieser Ziele auch andre mit fortzureißen vermochte. Speziell für die Bildungsbewegung der Buchdrucker in Württemberg bedeutet das Hinscheiden Morix Schröters einen schier unersehbaren Verlust. Als Betriebsleiter der Firma Greiner & Pfeiffer warf er sein starkes Können in vorbildlicher Art für die Fortbildungsinteressen seiner Berufsgenossen und unres gewerblichen Nachwuchs in die Waagschale. Noch auf der vorjährigen Gaulehrleiterversammlung in Frankfurt a. M. hielt Kollege Schröter einen tiefberührenden und eindrucksvollen Vortrag über „Wege zur Vollkommenheit des Schaffens“, der in dem Gebanten aufpflorte: „Aus unserer Hände Arbeit muß uns ein neues Leben erheben, und dieses neue Leben wird unserer Hände Wert befrachten. Mittler zwischen Arbeit und Leben sei der Kampf um uns selbst! Die Jugend auf diesen Kampf vorzubereiten, soll unsere heiligste Pflicht sein!“ Von diesem Grundsatze war sein prächtiges Wirken für den Bildungsverband und für unsere Lehrlingsabteilung erfüllt. Über das Grab hinaus danken wir dem Kollegen Schröter für seine Treue und edle Hilfsbereitschaft, durch die er sich selbst ein unauslöschliches Andenken geschaffen hat. An ihm erfüllt sich das Dichterverwort:

Alles geben die Götter, die unendlichen,  
Ihren Besten an,  
Alle Freuden, die unendlichen,  
Alle Schmerzen, die unendlichen, ganz!

Die schwergeprüften Angehörigen können sich allgemeiner Teilnahme verheißt halten. Namentlich die Stuttgarter Kollegenhaft verliert in Morix Schröter einen ungeliebten Freund, einen gelicht hochschätzenden Berater und einen mit der Gesamtorganisation innig verbundenen Verbandstollegen. So wird sein Name in der Erinnerung fortleben!

**Zur Urabstimmung.** Im Rahmen der redaktionellen Stellungnahme zum Ergebnis der Urabstimmung in Nr. 25 des „Korr.“ ist übersehen worden, besonders darauf hinzuweisen, daß in der Bekanntmachung des Verbandsvorstandes in den Mitgliederzahlen der einzelnen Gaue (erste Spalte der Tabelle) auch die Schriftgießerkollegen mit enthalten sind, die jedoch über die Annahme oder Ablehnung des Buchdrucker tariffs nicht stimmberechtigt sind. Infolgedessen stimmt die Endsumme der ersten Spalte nicht mit dem mathematischen Ergebnis aus der Abzählung der Mitgliederzahlen der an der Urabstimmung beteiligten Gaue überein. Die volle Endsumme wäre 87 773. Da jedoch die Schriftgießer und die auf der Weise befindlichen Kollegen sich nicht an der Urabstimmung beteiligten, mußten von dieser Gesamtzahl der Verbandsmitglieder insgesamt 1073 abgezogen werden, woraus sich die als Endsumme in der ersten Spalte der Tabelle angeführte Zahl von 86 700 ergab. Aus der Mitberechnung der Schriftgießerkollegen bei dem Mittelwertstand in den einzelnen Gaue ergab sich dann bei der prozentualen Berechnung der Urabstimmungsabteilung für einzelne Gaue, insbesondere für den Gau Frankfurt-Hessen mit einer verhältnismäßig starken Schriftgießerkollegenzahl, ein niedrigerer Prozentsatz der gültigen Stimmen als dies nach Abzug der in Frage kommenden Schriftgießerkollegen der Fall gewesen wäre. Nach Abzug von rund 400 Schriftgießerkollegen im Gau Frankfurt-Hessen würde z. B. der Prozentsatz der gültigen Stimmen bei der Urabstimmung im Verhältnis zur stimmberechtigten Mitgliederzahl in diesem Gau nicht nur 66,6, sondern 75,6 betragen. Es wäre dabei jedoch zu beachten, daß die gleiche Berechnungsgrundlage auch für die Gaue Berlin, Leipzig, Dresden, Hamburg und Württemberg ein

